



# HESSISCHER LANDTAG

18. 11. 2009

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Dringlicher Enschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE**

### **betreffend Solidarität mit dem Bildungsstreik!**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt den bunten und kreativen Protest von Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und Auszubildenden, die in diesen Tagen und Wochen erneut bundesweit gegen die Zustände in Schulen, Hochschulen und auf dem Ausbildungsmarkt demonstrieren. Die Bildungsproteste weisen auf die gravierenden Mängel im Bildungssystem hin und sind ernst zu nehmen.
2. Der Landtag sieht die Forderungen des Bildungsstreiks als berechtigt und wichtig an und fordert die Landesregierung auf, sich diese als bildungspolitische Ziele zu Eigen zu machen:
  - kostenfreie Bildung für alle,
  - kleinere Klassen,
  - wirkliche Lernmittelfreiheit,
  - längeres gemeinsames Lernen,
  - mehr Geld für staatliche Bildungseinrichtungen,
  - Demokratisierung des Bildungswesens,
  - Ende der Unterfinanzierung der staatlichen Schulen und Hochschulen,
  - eine Schule für alle, weg mit dem mehrgliedrigen Schulsystem,
  - Einführung einer gesetzlichen Ausbildungsplatzumlage zur Schaffung von Ausbildungsplätzen,
  - ein Grundrecht auf Ausbildung im Grundgesetz zu verankern.
3. Der Landtag solidarisiert sich mit den Lehrerinnen und Lehrern, die am 17. November 2009 für einen Tag die Arbeit niedergelegt haben, um für bessere Arbeitsbedingungen zu streiken. Zu einer besseren Bildungspolitik gehört auch die Frage der Arbeitszeit. Über Jahrzehnte hinweg galt in der Bundesrepublik der Grundsatz, dass das Beamtenrecht dem Tarifrecht folgt. Das Land Hessen hat für die Besoldung 2009 die Tarifentwicklung als Maßstab akzeptiert, aber bei der Arbeitszeit soll das nun anders sein. Diese Politik nach Gutsherrenart seitens der Landesregierung lehnt der Landtag entschieden ab.
4. Der Landtag stellt sich in diesem Kontext hinter die Forderungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Hessen, wie:
  - Rücknahme der Pflichtstundenerhöhung von 2004 ab dem Februar 2010;
  - 10.000 zusätzliche Deputatsstunden für die Lehrkräfte an den Schulen;
  - Fortsetzung der Altersteilzeitregelung und keine Erhöhung des Eintrittsalters in den Ruhestand;
  - Besetzung der frei werdenden Stellen durch voll ausgebildete Lehrkräfte.

5. Der Landtag spricht sich gegen jegliche Sanktionen und Disziplinarmaßnahmen gegen die Lehrerinnen und Lehrer, die ihr Grundrecht auf Streik wahrgenommen haben, aus.

Wiesbaden, 18. November 2009

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Wissler**